

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zelle 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die Arbeit als Last und als Lust.

I.

Als der Herrgott, wie uns die Bibel erzählt, die beiden ersten Menschen aus dem Paradiese vertrieb, weil sie vom Baume der Erkenntnis gegessen hatten und wissend geworden waren, gab er ihnen eine wenig tröstliche Aussicht mit auf den Weg. Der Eva verkündete er, daß sie ihre Kinder mit Schmerzen gebären und daß sie dem Manne unterworfen sein solle, und zum Adam sprach er: „Verflucht sei der Acker um deinetwillen, mit Kummer sollst du dich darauf nähren dein Lebenlang. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen!“ Diese Voraussage, die der orientalischen Auffassung von dem Verhältnis zwischen Weib und Mann und von der Beurteilung der menschlichen Arbeit entspricht, ist denn auch in vollem Maße eingetroffen: tatsächlich ist die Frau noch immer die Sklavin des Mannes, sein Ausbeutungs- und sein Lustobjekt, und die Arbeit ist noch immer ein Fluch für die große Masse der Menschen, die als Lastträger unter dem Joch der Arbeit durchs Dasein leuchten. Das Vermächtnis, das uns unsere Stammeltern hinterlassen haben, trotzdem wir nachgeborenen doch eigentlich an ihrem Psephid völlig unschuldig sind, hat den Menschen durch die Jahrtausende hindurch das Dasein verbittert und die Lebensfreude geraubt und auch heute noch ruht es wie ein Alp auf der Menschheit. Der schwere Druck der Arbeit und die Kargheit der Natur: daß die Menschen so schwer arbeiten müssen und daß die Natur so wenig hergibt, das ist es, was die Menschen aller Zeiten so unangenehm empfunden haben. Daher beobachtet man vom Anfang der Menschheitsgeschichte an das Bestreben, die Arbeitsmühe zu erleichtern und zugleich die Arbeitsleistung zu steigern, ja wir hören sogar immer wieder die ideale Forderung: Die Arbeit darf nicht mehr eine Last bleiben, sie muß eine Lust werden! Wahrlich ein wunderschönes Ideal, bislang noch eine fata Morgana, der wir armen Erdenpilger sehnsüchtig, aber hoffnungslos nachschauen.

Solange die Menschheit ihre Kinderschuhe noch nicht ausgetreten hatte und nach Kinderart mit Seifenblasen spielte und Luftschloßer baute, schien die Lösung des Problems sehr einfach. Man nahm die Phantasie, die ja Wunder wirken kann, zur Hilfe und malte sich eine Gesellschaft aus, in der die Menschen ohne Arbeit ein freudvolles, glückliches Dasein führten, man schwärmte von einem Schlaraffenlande, in dem die gebratener Tauben jedem ins Maul fliegen, der es nur aufsperrt, man erzählte von einem Lande, in dem Milch und Honig fließt. Das war die schöne Zeit der Utopien, das holde Blütenalter der Menschheit, das Feenland der Märchen und Sagen, das goldene Zeitalter, das aber niemals existiert hat und das auch nirgend woanders existieren kann als in dem Hirnschädel eines Phantasten. Man höre nur die schwärmerische Schilderung eines Griechen aus dem 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung: „Wir brauchen keine Arbeit mehr, denn ohne Arbeit sieht uns die Mutter Natur mit Hilfe göttlicher Götter ihre reichen Schätze. Durch die Straßen ergießen sich Ströme von dampfender Brühe mit Speck und Klößen, wer mag, schöpft voll sich die Schüssel. Auf die Dächer regnet würziger Wein und die Wasserröhren speien uns saftige Trauben und Sinenbrot und Brezeln und Kuchen. Und die Bäume tragen statt der Blätter schimmernde Würste und geräucherter Fische und zarte, gebratene Drosseln.“ Ein solches Schlemmerleben hätten die Menschen ohne Mühe und Arbeit dahinbringen können, wenn die Phantasie Wirklichkeit wäre und wenn das erste Menschenpaar nicht so leichtsinnig gehandelt hätte.

Leider, oder besser gesagt, zum Glück für die Menschheit ist es anders gekommen. Es ist nämlich nicht wahr, daß die Arbeit ein Fluch ist und ein Fluch bleiben muß, sie ist vielmehr ein Segen, und wenn sie es noch nicht ist, so soll sie zu einem Segen werden. Die wohlthuende Eigenschaft menschlicher Tätigkeit tritt immer mehr hervor, je mehr die frühere Tiermenschheit zu einer Kulturmenschenheit wird, zu einer Kulturgemeinschaft, die Natur und Kultur beherrscht, die nicht mehr in dem graufamen, erbitterten Kampf aller gegen alle ihren Daseinszweck erblickt, die vielmehr das planmäßige, einträchtige Zusammenwirken aller als Ideal erachtet. Allerdings sind wir noch lange nicht so weit, aber schon zeigen sich hier und da Anlässe zu einer Neugestaltung und Neubewertung menschlicher Arbeit. Wir wollen diesen Spuren einmal nachgehen.

Das, was wir Leben im natürlichen Sinne nennen, beruht auf der Verausgebung von Kraft und auf der Zuführung von Stoff, der wieder neue Kraft erzeugt. Wenn wir arbeiten und uns bewegen, so verbrauchen wir Kraft, wenn wir essen und trinken, so nehmen wir Nahrung zu uns, die uns neue Kraft gibt. Wie einer Maschine Kohlen und Wasser und Del zugeführt werden müssen, damit sie Arbeit verrichten kann, so müssen dem menschlichen Körper (es gilt dies bekanntlich für alle Lebewesen) Nahrungstoffe zugeführt werden, damit er neue Kraft verausgeben kann. Die zugeführten Stoffe werden verzehrt oder verbaut und in Kraft umgewandelt, nur mit dem Unterschied, daß der menschliche Körper höhere Lebensbedürfnisse hat, als eine leblose Maschine. Er bedarf zum Leben nicht nur Nahrung, die er in sich verarbeitet, sondern er bedarf auch Licht und Luft, um gesund zu bleiben, er bedarf Kleidung, um sich zu wärmen, Wohnung, um sich gegen die Unbilden des Klimas zu schützen, er bedarf der Erholung und des Schlafes, um neue Kräfte sammeln zu können, und er hat auch eine Menge geistiger und

sozialer Bedürfnisse, um sich als Mensch wohlfühlen zu können. Der Mensch ist also einerseits eine kunstvolle Maschine, die gepflegt und zeitweilig ausgebessert werden muß und allmählich verschleißt, andererseits ist er aber ein Lebewesen höherer Art, das zu seiner Erhaltung noch etwas ganz anderes gebraucht, als eine Maschine, das vielseitige Bedürfnisse hat, die im Verlaufe der Entwicklung noch immer mannigfaltiger und verfeinerter werden. Dieser Unterschied ist von großer Wichtigkeit für die Beurteilung unserer wirtschaftlichen und sozialen Zustände, denn wenn das ausbeuterische Kapital die Proletarier als menschliche Maschinen betrachtet und behandelt, denen man nur soviel gibt, daß sie im Gange bleiben und ihre Arbeit leisten, so betonen wir dem gegenüber, daß wir Kulturmenschen sind, die über die materiellen Bedürfnisse hinaus noch das Bedürfnis haben nach Wissen und Bildung, nach Kunst und Kultur, nach Ehre und Achtung und Menschenwürde, nach Freiheit und Recht und Selbstbestimmung. Und wir schreien es in alle Welt hinaus, daß wir auch um die Befriedigung dieser Bedürfnisse ringen, daß wir erst Menschen sein wollen und dann Arbeiter, daß also die soziale Frage nicht nur eine Magenfrage ist, sondern daß ihre Lösung eine Kulturaufgabe im edelsten Sinne des Wortes ist.

Die Grundlage, auf dem unser ganzes Leben beruht, ist also das Bedürfnis in all seinen Verzweigungen und Verästelungen, der Angelpunkt, um den sich unser Dasein dreht, ist die Bedürfnisbefriedigung. Wo die Möglichkeit dieser Bedürfnisbefriedigung erschwert wird, geht das Leben zurück und ebbet ab, wo sie gänzlich fehlt, da versiegt das Dasein, und der Tod tritt ein. Das zeigt sich beim Einzelmenschen, bei einzelnen Gruppen und bei ganzen Völkern. Der Wille zum Leben, der stärkste Trieb in allen Lebewesen, zwingt uns den Kampf um die Bedürfnisbefriedigung als unerhittliche Notwendigkeit auf, die Lebensbejahung, der Lebenshunger, peilt uns vorwärts aus der dunklen Vergangenheit hinein in die dunkle Zukunft, denn die Lebensverneinung ist der Tod. Und die Menschheit kann nicht sterben, nur das Individuum ist sterblich, sie paßt sich den veränderten Lebensbedingungen an, und wenn einstmals, nach Jahrmillionen, unser Erdball einem Gletscher gleichen wird, so werden auch dann noch die Menschen wie zählebige Winterfliegen ihr kümmerliches Dasein fristen.

Das Bedürfnis macht sich beim Menschen als ein Gefühl des Unbehagens, als ein Gefühl innerer oder äußerer Unzufriedenheit bemerkbar, und es erzeugt in ihm den Trieb und den Willen, dieses Unbehagen zu beseitigen. Es zeigt sich einerseits als das Gefühl einer Leere, eines Mangels, andererseits als die Empfindung eines Ueberflusses, einer allzu großen Fülle. Zwischen diesem Zuwenig und Zuviel schwannt das Leben hin und her, bald muß die Leere angefüllt, bald die Fülle entleert werden, und erst wenn das Gleichgewicht wieder hergestellt ist, tritt der Zustand der Befriedigung, der Wohlbehagens ein. Dieses Gleichgewicht in körperlicher und seelischer Beziehung herzustellen, ist die Aufgabe eines jeden Menschen, das ist Lebenskunst. Wer ein solcher Lebenskünstler geworden ist, der steht in allen Stürmen des Lebens als Vollwetter da.

Bekanntlich macht sich ein leerer Magen als Hunger und eine trodrene Kehle als Durst fühlbar, und als Folge davon zeigt sich der Trieb nach Speise und Trank. Der Mangel an Wärme, den wir als Frost empfinden, erzeugt das Bedürfnis nach Kleidung oder einem heißen Ofen, der Mangel an frischer Luft ruft das Bedürfnis nach einem Ausflug in die Berge hervor, der Mangel an Unterhaltung treibt uns ins Wirtshaus, und der Mangel an Geld macht einen Menschen manchmal zum Diebe und Räuber. Der Hunger nach Gerechtigkeit und der Durst nach Freiheit treibt die Menschen auf die Barrikaden, und das Bedürfnis nach Liebe veranlaßt den Zerlecken, wie Mepphistopheles höhnt, daß er Sonne, Mond und Sterne dem Diebchen zum Vergnügen in die Luft verpufft. Dieses Gefühl des Mangels, dies negative Bedürfnis, steigert sich manchmal über eine bloß unbehagliche Stimmung hinaus zu einem heftigen körperlichen oder seelischen Schmerz, der uns aufschreien läßt und vielleicht gar zum Wahnsinn treibt, wenn er nicht gelindert wird. Hier haben wir die große Bedeutung des Schmerzes: er ist der Regulator unseres Lebens, die Zunge an der Waage, die uns anzeigt, wann das Gleichgewicht gestört ist. Ist unser körperliches oder seelisches Gleichgewicht gestört, fehlt uns etwas, wie man sich volkstümlich ausdrückt, so erscheint das Bedürfnis als Warner und Mahner, bald pocht es leise an die Pforte unseres Bewußtseins als Unbehagen, bald regt es sich lauter als Unzufriedenheit, bald klopft es stürmisch und ungefühl als Schmerz, immer aber gibt es das Signal, daß irgendwo etwas nicht in Ordnung ist und daß es Zeit ist zum Eingreifen. Das negative Bedürfnis treibt uns zur Aufnahme neuer Kraft, das heißt zur Aufnahme neuer Stoffe, die Kraft enthalten oder Kraft erzeugen, es treibt uns aber auch dazu, diese Kraft in zweckmäßiger, nutzbringender Weise zu verwenden.

Nun hat die Natur die merkwürdige Eigenschaft an sich, daß sie verschwenderisch arbeitet und Ueberfluß macht, woraus es sich ergibt, daß bei einem normalen Menschen stets ein Ueberfluß von Kraft vorhanden ist, der nach Entladung strebt. Hier stoßen wir auf das positive Bedürfnis, das sich darin zeigt, daß ein gesunder Mensch seinen körperlichen und seelischen Ueberfluß wieder von sich gibt. In körperlicher Beziehung ist es ja bekannt, daß der Mensch die überflüssigen, unbrauchbaren Stoffe wieder ausscheidet, er scheidet sich der Widerwillen gegen das Zwielf in draßlicher Weise

äußert. Nur infolge schlechter Gewöhnung nimmt der Mensch mehr zu sich, als ihm dienlich ist, ein normaler Mensch hält unwillkürlich Maß in allen Dingen. Auch die überflüssige Kraft sucht er wieder zu verausgeben, um ins seelische Gleichgewicht zu kommen. Dies tritt schon bei Kindern als Trieb nach Spiel und Beschäftigung zu Tage, bei den Erwachsenen als Lust an Tänzchen, Ringlämpfen und Bewegungsspielen. Das Geschlechtsleben läßt diesen Trieb deutlich erkennen, und auch im Gebiete der Kunst und Wissenschaft macht sich bei zahlreichen Menschen das Verlangen bemerkbar, aus der Fülle des Innern heraus mitzuteilen, zu schenken. Den geistigen Reichtum, den ein tüchtiger Mensch in sich trägt, die aufgespeicherte Kraft, die er in sich birgt, all die Schätze seines Innenlebens, will er mit vollen Händen austreten und verschwenden. Ebenso wie wir das Bedürfnis haben, Kenntnisse in uns aufzunehmen, ebenso haben wir auch das Bedürfnis, sie andern mitzuteilen; so schwer manchmal die Anstrengung ist, um einen Schatz von Wissen sich anzueignen, so viel Vergnügen macht es andererseits, hineinzugreifen und auszuteilen. Beides können wir als Arbeit bezeichnen, und so bietet uns denn die Arbeit ein doppeltes Angesicht: sie erfordert Kraftaufwand, um die Befriedigung der negativen Bedürfnisse zu ermöglichen, und insofern wird sie als Last empfunden, sie erfordert aber auch Kraftaufwand, um die positiven Bedürfnisse zu befriedigen, und in dieser Beziehung wird sie als Lust empfunden. Oder schlicht und einfach ausgedrückt: es gibt Arbeiten, die nur widerwillig verrichtet werden, weil sie aus der bitteren Notwendigkeit entspringen, und es gibt Arbeiten, die uns trotz großer Anstrengung Vergnügen machen. Für die Wahrheit dieses Satzes kann jeder von uns aus eigener Erfahrung und Beobachtung zahlreiche Beispiele beibringen. Die Frage ist nun, ob es möglich sein wird, die Arbeit im weitesten Sinne ihres drückenden und lästigen Charakters zu entkleiden.

Da diese Möglichkeit nicht einfach von der Hand zu weisen ist, dürfen wir wohl daraus entnehmen, daß es schon heute Arbeiten gibt, bei denen das Lustgefühl weitaus überwiegt. Ein Gelehrter, der mit unermüdlichem Eifer seine Forschungen betreibt, ein Polarreisender, der in die Eiswüsten eindringt, ein Arzt, der zugleich Forscher und Menschenfreund ist, ein Agitator, der für seine Ueberzeugung kämpft, eine Mutter, die ihre Kinder pflegt und erzieht, eine Braut, die bei ihrem kranken Liebsten nachtelang wacht, alle diese Leute empfinden ihre Anstrengungen nicht als drückenden Zwang, ihre Arbeit ist für sie keine Last, sondern eine Lust. Das Interesse an der Sache läßt sie alle Unbilden überwinden. Dies gibt uns einen Fingerzeig, in welcher Richtung wir die Lösung unserer Aufgabe zu suchen haben.

### Ein Kampf um die Hinterbliebenenrente.

Von Arbeitersekretär Karl Mößinger (Magdeburg).

Ein in verschiedenen Beziehungen sehr reichlicher Rentenkampf soll in den folgenden Ausführungen geschildert werden. Die Sachlage ist um so interessanter, als schon bei der ersten Feststellung über die Frage, „ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht“ bezeichnende Einwirkungen seitens der „Arbeiterfreunde“ zu beobachten waren. Um eine möglichst klare Darstellung des Rentenkampfes zu ermöglichen, will ich die Grundzüge desselben von Anfang an schildern.

In einer Farbenfabrik war ein Arbeiter beschäftigt, der dem Fabrikarbeiter-Verband angehörte. Die wenigen sonst noch beschäftigten Arbeiter gehörten der gelben Organisation an. Der einzige organisierte Arbeiter verheimlichte seine Verbandszugehörigkeit aus Angst vor daraus etwa entstehenden Folgen.

Wie es nun so oft üblich ist, wurde der Arbeiter mit den verschiedenartigen Beschäftigungen im Betriebe beauftragt. Dazu gehörte auch ein Auftrag, wonach er im Hofe des Betriebes geladertes Pflaster wieder festrammen sollte. Der Arbeiter begab sich auf den Hof und wollte die schwere Ramme auf die Schulter heben, um diese zu der reparaturbedürftigen Stelle zu bringen. Beim Hochheben der Ramme verlor der Arbeiter die Gewalt über sie, die Ramme geriet nach rückwärts ins Schwanken und schlug dabei dem Arbeiter in den Rücken. Die Gewaltwirkung war eine derart heftige, daß der Verletzte sofort erhebliche Schmerzen verspürte und sich niederlegen mußte. Nach einiger Zeit kamen andre Arbeiter des Betriebes hinzu und diesen erzählte der Verletzte den Vorgang gelegentlich des Anfalls. Der Mann schloß sich derart schwach und elend, daß er kaum sich fortbewegen konnte, er mußte im Automobil nach seiner Wohnung gebracht werden. Im Automobil trat erheblicher Wirtauswurf ein. Ein bald zugezogener Arzt konnte eine bestimmte Krankheitsursache nicht feststellen, er verordnete die Ueberführung in das Krankenhaus. Im Krankenhaus starb der Mann bereits am dritten Tage nach dem Unfall.

Die hinterbliebene Witwe begab sich dann sofort auf das Arbeitersekretariat und dieses erhob für die Witwe und deren Kinder bei der zuständigen Berufsgenossenschaft den Antrag auf Bewilligung der Hinterbliebenenrente. In der Folge wurde dieser Antrag von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, da erstens der Unfall nicht bewiesen sei und zweitens der Tod des Verletzten mit dem Unfall in keinerlei Verbindung stände. Als Todesursache wurde eine nicht unfallbedingte, akute Lungenentzündung angegeben.

Nun mußte die Berufungslage erhoben werden. Zunächst galt es den Nachweis für das Vorliegen eines Betriebsunfalles zu erbringen. Das war nicht sehr leicht zu bewerkstelligen, da ja Augenzeugen des Anfalls nicht vorhanden waren. Nach den von der Witwe gemachten Angaben war es aber klar, daß der Unfall sich in der Weise ereignet hätte, wie ihn der Verletzte noch selbst schildern konnte und wie er zu Eingang des Artikels erwähnt ist. Es handelte sich nun darum, festzustellen, ob die Arbeiter und der Meister, welche den Verletzten gleich nach dem Unfall gesehen und gesprochen hatten, die Angaben des Verletzten bestätigen würden. Schon vor dem Ableben des Verletzten hatte dessen Ehefrau im Arbeitsbetriebe mit dem Meister und den in Betracht kommenden Arbeitern gesprochen. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt,



fürten denn auch dazu, daß ebenfalls ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen wurde, der gleiche Verbesserungen brachte wie der in der Ziegelei Dammüller.

Bei dieser Bewegung versuchten die Unternehmer der Umgebung Herrn Okwald insofern zu unterstützen, als sie Leute aus ihren Betrieben abkommandierten, die das eble Handwerk eines Streikbrechers versehen sollten. Aber alle, sogar Unorganisierte, an die man das Ansinnen stellte, weigerten sich, Hausmeisterdienste zu leisten. Aus Mangel über den Verlauf der Bewegung, und wohl aus Angst, auch die Arbeiterschaft seines Betriebes könnte Forderungen stellen, entließ Herr Penzel in Torna drei Kollegen, die aber sofort zu geregelten Bedingungen untergebracht wurden. Die Zeiten sind eben vorüber, wo die Herren durch berartige Manöver eine Einschüchterung erreichen konnten.

In den beiden Betrieben der Deutschen Pflastersteinfabrik, wo durch das Regiment des Herrn Tölle die Löhne gewaltig herabgebracht waren, stellten auch in diesem Jahre unsere Kollegen Forderungen. Hier daselbe Bild wie bei Schmidt. Der Versuch der Verschleppung, bis unsere Kollegen kurz entschlossen die Arbeit niederlegten. Schon nach dreikündiger Dauer des Streiks kam der Ziegeleimeister Grimm in das Streikbureau, um den Arbeiterschuß zu Verhandlungen zu holen. Dieser lehnte jedoch ab mit der Motivierung, daß die Verhandlungen der Verbandsvertreter führen werde. Dann verlange ich, daß dieser sofort zu den Verhandlungen erscheine, erklärte Herr Grimm. Er mußte sich aber befehlen lassen, daß wir nicht immer bereit sind, den Wünschen der Unternehmer sofort Rechnung zu tragen, um so weniger, als genügend Zeit zu Verhandlungen verstrichen war. Nachdem der Streik zwei Tage gewirkt hatte, konnten die Verhandlungen stattfinden, die damit endeten, daß ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen wurde, der in der Weise die alten Löhne wiederbringt, die von Herrn Tölle vor drei Jahren reduziert wurden. Die Zulagen betragen im Durchschnitt 2,58 Mk. pro Woche. Im Gostriker Werk werden die Löhne an den Pressen um je 1 Pf. pro 1000 erhöht, die Stundenlöhne ebenfalls um 2 Pf. Zwei beteiligte Schmiebe erhielten 8 Pf. Zulage pro Stunde.

Dem Pächter der Ziegelei Deute, Herrn Gehnemann, wurden im Auftrag der Arbeiterschaft ebenfalls Forderungen übermittelt. Herr G. hielt es nicht einmal für notwendig, auf die Eingabe eine Antwort zu geben, verlangte aber von unsern Kollegen eines Sonntags, daß sie bis nachmittags 2 Uhr erklären sollten, daß sie mit den alten Löhnen zufrieden seien. Andernfalls würden sie entlassen. Die eingeleiteten Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Herr G. erklärte, daß die Inhaber des Betriebes beschloßen hätten, keine Zulagen zu gewähren, und daß er bereits Ersatz für seine alten Leute habe. Er entließ dann am selben Tage unsere Kollegen, auch kam schon eine Kolonne Arbeitswilliger. Aber kaum hatten diese erfahren, daß Streik ausgebrochen war, kehrten sie auch wieder um. Wir wendeten uns dann an die Inhaber des Betriebes, die uns mitteilten, daß Herr G. freie Entscheidung über die Gewährung von Zulagen habe, sie wollten sich jedoch um die Sache kümmern. Mit dieser Mitteilung gingen wir zu Herrn Gehnemann und erreichten, daß ankündigende Zulagen gewährt wurden. Die Streicher und Auffahrer erhielten pro 1000 10 Pf. mehr, der Stundenlohn wurde von 40 auf 50 Pf. erhöht. Also auch hier nach ein vollem Kampfe ein voller Erfolg. Die Vereinbarungen sind in einem einjährigen Vertrag festgelegt.

Eine Bewegung in der Ziegelei Grün in Deute mußte verliert werden, weil der Afford des Ziegeleimeisters außerordentlich ungünstig ist, der Besizer aber im Bilde weilte. Weil auch inzwischen die Zeit etwas vorgeschritten war, hatten wir keine Lust, unsere Kollegen dem Straßenpflaster zu überantworten, und vertagten die Bewegung auf eine günstigere Zeit.

Bei Richter in Gostrik, wo wir im vorigen Jahre einen vierjährigen Streik führen mußten, hatte die Bewegung einen teilweisen Erfolg. Die vorgeschrittene Zeit, die überdies noch eine mäßige Wirtschaftslage mit sich brachte, ist verantwortlich zu machen, ein voller Erfolg nicht erzielt werden konnte.

Betrachten wir das Gesamtergebnis, so können wir sagen, daß wir damit zufrieden sein können. Betrachten wir es aber unter dem Gesichtswinkel, welche Stellung die Ziegeleibesitzer zunächst zu unsern Forderungen einnahmen, und weiter von dem Gesichtspunkt, daß die große Bewegung im Baugewerbe unsere Kämpfe ungünstig beeinflusste, so können wir auf die Erfolge stolz sein.

439 Kollegen, die an der Bewegung beteiligt waren, erreichten eine Erhöhung ihres Lohnes von 909,70 Mark in einer Woche - durchschnittlich 2,07 Mark pro Person, oder 27 291 Mk. in einer Kampagne zu 30 Wochen gerechnet, oder 62,10 Mk. pro Arbeiter im Durchschnitt.

Merkwürdig ist gearbeitet worden, gearbeitet unter Aufbietung und Anspannung aller verfügbaren Kräfte. Aber der Erfolg hat sich als schwerste und anstrengendste Arbeit geköhnt. Die Tatsache, es trotz der ursprünglich ablehnenden Haltung der Besizer zum Abschluß von Tarifverträgen kam, ist ein Beweis von dem steigenden Wachstum und dem steigenden Einfluß gewerkschaftlicher Organisationsarbeit. Der Unterbau ist geschaffen. Die Erfolge aus diesem Jahre werden uns sicher ein Weiterbauen ermöglichen. Sie werden dazu beitragen, daß der Tarifgedanke nicht mehr schwindet, sondern weiter gefördert wird. Sie werden aber auch dazu beitragen, daß nicht nur die Lebenslage der Ziegler verbessert wird, sondern daß auch die in den einzelnen Betrieben vorhandenen haarsträubenden Mißstände zur Abschaffung gelangen, so daß schließlich auch die Ziegler als Angehörige einer Arbeiterschaft, die bisher zu den rückständigsten und zu den in den erbärmlichsten Verhältnissen lebenden gezählt werden mußte, zu einer wirklichen Menschlichkeit emporsteigen können. Notwendig ist aber, daß auch unsere Kollegen in den Betrieben uns weiter treu zur Seite stehen und dafür sorgen, daß der Organisationsgedanke in den entlegensten Winkel getragen wird. Dann, endlich wird es Tag werden!

Die Ziegelei-Pensionskasse. Die Ziegelei des Herrn v. Müller in Eisenberg i. B. fällt in mancher Beziehung der der Firma Unbors in Jodram. Statt auskömmlicher Löhne werden den Arbeitern fragwürdige „Wohlfahrts-Einrichtungen“ in Aussicht gestellt. Und ihre Wege blieben die Arbeiter der Organisation fern. Jetzt endlich begannen die Arbeiter, ihren Fehler einzusehen, und der Anlaß war eine Enttäuschung mit einer „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Firma. Aus einer Pensionskasse sollten über 60 Jahre alte Arbeiter

bestimmte Unterhaltungen erhalten, und nicht wenige der Leute freuten sich schon auf den Moment endlich in „Pension“ gehen zu können, um die mühen Knochen auszuruhen. Als aber der eine oder der andere bezugsberechtigt wurde, da stellte es sich auf einmal heraus, daß die vorhandenen Gelder nicht ausreichen würden, die versprochenen 30 Mk. Pension pro Monat zu bezahlen, und es wurde mühselig und bis in die Nacht hinein der Entschluß kam, die Kasse aufzulösen. Als man sah, daß es in diesem Betriebe weniger möglich sein würde, von ihrem dreizehnten Lebensjahre an (die meisten der dort beschäftigten Arbeiter sind seit dieser Zeit dort) in Ruhe und Staub 60 Jahre alt zu werden, trat man mit einer andern „Wohlfahrt“ hervor, um die Arbeiter, geduldi und in der Hoffnung zu erhalten, daß sie doch einmal reich würden, wenn sie auch nur 2 1/2 Jahre ununterbrochen im Betriebe blieben. Es belommen (die Einrichtung besteht noch) nach 25jähriger ununterbrochener treuer Dienstadt 100 Mk., eine Ehrenurkunde, eine Denkmünze usw.

Das sind die vielgerühmten Wohltätigkeiten der Firma. Die Löhne, welche in diesem Betriebe bezahlt werden, sind folgende: Jugendliche Arbeiter verdienen pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit, je nach Kräften, 1 bis 2 Mk., Erwachsene pro Stunde 30 Pf. im Tagelohn. Die meiste Arbeit ist jedoch Maford und es sind nur wenige, die 4 Mk. Tagelohn herauskriegen. Die Wohnungsmiete, die Lebensmittel und das Vermögen des Herrn v. Müller sind von Jahr zu Jahr gestiegen, aber die Löhne der Arbeiter haben von dieser Steigerung nichts erfahren.

Diese Zustände können beseitigt werden, wenn die Arbeiter geschlossen ihrer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, beitreten. Wenn sie nach 25 Jahren einmal einen Hundertmarkschein bekommen, so sind dies, auf 25 Jahre verteilt, pro Tag 1/2 Pf. Haben sie in dieser Zeit eine festgesetzte Organisation hinter sich und kann dieselbe nur 5 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde erlangen, so sind dies in einem Jahre schon 150 Mk., oder in 25 Jahren 3.750 Mk. Wie viele Arbeiter sind nun alt geworden in diesem Betriebe und sind noch gerade so arm wie damals, als sie als 13jährige Knaben hineinkamen, trotz harter Arbeit! Ihr Leid es euch und eurer Familie schuldig. Halte uns nicht entgegen, „der Beitrag ist zu hoch“, denn wir haben euch oben gezeigt, wie vielfach sich derselbe verginst. Bei uns soll ihr keine 25 Jahre zusehen, sondern sofort wird euch geholfen sein, sobald ihr euch in der Organisation vereinigt habt.

Kesselexplosion in einer Ziegelei. In Chätanay ereignete sich dieser Tage in einer dortigen Ziegelei eine heftige Explosion, der sieben Arbeiter zum Opfer fielen. Die Explosion, die mehrere Stunden weit vernommen wurde, zerstörte sämtliche Fensterscheiben der Umgegend und erzeugte einen solchen Luftdruck, daß die Häuser bebten. Die Ziegelei selbst wurde fast vollständig zerstört. Die getöteten Arbeiter wurden von einem einströmenden Schuttal erschlagen. Ihre Leichen waren schrecklich verstümmelt. Mehr verletzte Arbeiter wurden nach dem Krankenhause gebracht. Es wird befürchtet, daß sich unter den Trümmern noch mehr Menschenopfer befinden. Das Unglück ereignete sich außer der Arbeitszeit; wäre es während der Arbeitszeit erfolgt, so hätte es zweifellos noch größere Opfer gefordert.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vor einigen Tagen in der Steinfabrik von Martin u. Pagenstecher in Milheim am Rhein. Der Arbeiter Johann Schlimmbach aus Dellbrück verunglückte infolge Mangel eines Dampfrohres. Der Behälter wurde in das städtische Krankenhaus gebracht, wo er einige Stunden später gestorben ist. So viel steht fest, daß es in Zukunft Aufgabe der Betriebsleitung sein muß, mit der Instandhaltung und Bewachung im Kesselhause nur Arbeiter zu beauftragen, die mit den einschlägigen Arbeiten vertraut sind. Sünde der Firma der Profit nicht über das Wohl der Arbeiter, so hätte dieser Unfall vermieden werden können. Hoffentlich erfolgt nunmehr eine Menderung, um weitere Opfer hintanzuhalten.

Internationales

Der belgische Gewerkschaftskongress. Der belgische Gewerkschaftskongress, der am 14. und 15. Juni im Palais National in Brüssel stattfand, hat sich fast ausschließlich mit organisatorischen und internen Fragen beschäftigt, die nur geringes allgemeines Interesse bieten. Der erste Verhandlungstag wurde ganz der Besprechung des Jahresberichts der Gewerkschaftskommission gewidmet, wobei eine ganze Anzahl von Delegierten an der Geschäftsführung des ersten Sekretärs Kritik übten, dessen Tätigkeit als ungenügend bezeichnet und dem außerdem Mißtrauen ausgesprochen wurde. Die Debatte, die sich in ruhigen und sachlichen Bahnen bewegte, führte schließlich eine Erklärung des Exekutivkomitees der Generalkommission herbei, wodurch diese sich bereit erklärte, den auf dem Kongress zutage tretenden Wünschen entsprechend, innerhalb dreier Monate eine Lösung für die Personalfrage zu finden, damit die als berechtigt anzuerkennende Kritik an der Tätigkeit eines Funktionärs sich nicht mehr zu wiederholen brauche. Hieran wurde der Tätigkeitsbericht des ersten Sekretärs mit 34 gegen 13 Stimmen bei etwa 150 Stimmteilnahmen angenommen, und dem zweiten Sekretär wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl der Sekretäre wurde in Anbetracht der Erklärung der Exekutive verschoben. An dem zweiten Verhandlungstag beschloß der Kongress einstimmig die von der Generalkommission vorgeschlagene Aufhebung der Rückversicherung für Streiks und Aussperrungen. Bei der Begründung dieses Antrages führte der Referent Mertens aus, die Streikrückversicherung durch die Generalkommission sei durch Fortschritte der Zentralisation überflüssig geworden, die es den meisten Zentralverbänden ermöglichte, ihre Kämpfe mit eigenen Mitteln zu führen. Bei besonders ausgedehnten Lohnkämpfen aber, wie sie jetzt immer häufiger durch die Unternehmerorganisation heraufbeschworen werden, diene auch die Rückversicherungskasse nur eine illusorische Deckung. Der Kongress beschloß, den jetzigen Klassenbestand - etwa 80 000 Franc - den angegliederten Organisationen nach der Rate der von ihnen gezahlten Beiträge zurückzuerstatten und die etwa 4000 Franc betragenden Zinsen dem belgischen Arbeiterbildungsanschuß zu schenken. Eine prinzipielle Debatte über die Organisation des gewerkschaftlichen Unterzweiges im Zusammenhang mit dem Behringssachen führte die Diskussion über den Bericht der Kommission herbei, die vom vorigen Kongress zum Studium dieser Frage eingesetzt worden war. Der Kongress machte sich die Thesen der Kommission zu eigen, die in der Forderung einer direkten Kontrolle der Gewerkschaften über den gewerkschaftlichen Unterzweig in all seinen Formen gipfelten.

Gegnerische Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. Die christlichen Gewerkschaften haben ansehnlich ihren Anteil an der nächsten Wirtschaftskrise schon vorweg genommen. Von einer Aufwärtsentwicklung kann bei ihnen im allgemeinen für das abgelaufene Jahr nicht gesprochen werden. Die Mitgliederzahl aller dem Gesamtverband angegliederten Gewerkschaften betrug am Schluß des Jahres 1912 nur 350 930 gegen 350 574 am Schluß des Vorjahres; das ist eine Zunahme von 356 Mitgliedern. Wenn die Westdeutsche Arbeiterzeitung schreibt: „Die christlichen Gewerkschaften haben sich im Sturzjahre 1912 behauptet... Das ist das erfreuliche Ergebnis der nunmehr vorliegenden Statistik“, so ist das allerdings recht bescheiden. Der Bericht des Gesamtverbandes in Nr. 14 des Zentralblattes konstatiert die Aufwärtsbewegung der Wirtschaftskongress im Berichtsjahre, die durch die Spannung internationaler Art, wie Tripolis, Balkan-Konflikt zwar beeinträchtigt war, aber nicht aufgehoben werden konnte. Seider hätten sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel hartnäckig auf ihrem hohen Stande gehalten. Diese letztere Feststellung sowie der Hinweis des Zentralblattes auf die günstige Wirtschaftskongress der drei vorhergegangenen Jahre ist ein Eingeständnis, das bei Beurteilung des Verhaltens der christlichen Gewerkschaften anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrbezirk sehr wohl zu beachten ist, und ebenso dürfte es ein Schlaglicht auf das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsjünger in der Frage der gesetzlichen Verteuerung der Lebensmittel. Diese beiden Momente, Mithilfe bei der Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und Niederhaltung einer großen Bewegung, die den

Ausgleich zwischen Löhnen und gesteigerten Lebens- und Bedarfsartikeln zum Ausgang hatte, das kennzeichnet ein Stück Inhalt der christlichen Gewerkschaftsarbeit, welches ganz gewiß auch auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nicht ohne Einfluß gewesen ist. Der Bericht des Jahresberichts im Zentralblatt gibt dies auch bedingt zu. Die christlichen Gewerkschaften haben mit ihrer Entwicklung nicht die Hoffnungen der Führer erfüllt; Reichstagswahl, Ruhrbergarbeiterstreik und der Gewerkschaftstreik im katholischen Lager hätten die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst. - Na also.

Die christlichen Gewerkschaften haben im Berichtsjahr 1912 50 868 Mark Aufnahmegebühren für beigetretene Mitglieder vereinnahmt, das sind Gebührens für mehr als 100 000 Neueingetretene! Wenn man bedenkt, daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren neuen Mitglieder gewonnen für ihre Arbeitstätigkeit, zum Beispiel bei den Eisenbahnern, die sich christlich, aber nicht frei organisieren dürfen, so erscheint ihr Zuwachs an Mitgliedern in noch bedenklicherem Maße.

Ferner ist als wichtig zu beachten, daß der zehnte Teil der Gesamteinnahmen allein auf die Agitation verwendet worden ist, in Summa 670 429 Mk., das sind 16 196 Mk. mehr, als für Streik- und Gemäßregelunterstützung ausgegeben wurden! Dazu kommen die Agitationskosten, die in den Verwaltungsausgaben und den Ausgaben an die Lokalkassen entfallen sind. Also, an Agitation hat es nicht gefehlt und weniger noch an Protektion. Was und wer sich für die christlichen Gewerkschaften ins Zeug legt, das ist nicht zu übersehen. Zahllos ist der Kreis derer, die mit den christlichen Verbänden sympathisieren, und doch kommen diese nicht vom Fied. Bei dem großen Rückgang des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter töpft sich der Berichtsjahrer damit, daß nicht gleich zehntausende Mitglieder - wie befürchtet - verloren gegangen sind! Hoffentlich, so schreibt er, ist der Verlust bald überwunden, das heißt so viel, daß der Mitglieder Rückgang in der größten deutschen christlichen Gewerkschaft auch in diesem Jahre noch angehalten hat. Ein Teil der Verbände soll die Mitgliederverluste erlitten haben durch die im Berichtsjahr vorgenommenen Beitragsserhöhungen?

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 6 608 350 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 364 708 Mk., die Ausgaben betragen 1911 5 299 781 Mk. und 1912 5 222 727 Mk. = 77 054 Mk. weniger. Das Vermögen betrug 8 575 658 Mk. oder 1 429 716 Mk. mehr.

Die Ausgaben der zwei letzten Jahre verteilen sich auf die einzelnen Posten wie folgt:

Table with 3 columns: Posten, 1911, 1912. Rows include: Verbandsgeld, Agitation, Streik- und Gemäßregelunterstützung, Reise- und Arbeitslohnunterstützung, Krankengeld, Sterbegeld, Rechtschutz, Sonstige Unterstüttungen, Gehälter, Verwaltungsausgaben, Bibliothek und Bildungszwecke, Beitrag an den Gesamtverband, Anteil der Lokalkassen, Sonstige Ausgaben. Summa 5 299 781, 5 222 727.

Die geringe Aufwendung der Kampfmittel zeigt die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse. Der größte christliche Verband hat im Berichtsjahre für Streiks nur 63 782 Mk. ausgegeben, überhaupt waren an Angriffstreiks nur 8599, an Abwehrstreiks 1945 und an Aussperrungen 3180 Personen beteiligt, eine größere Zahl an Tarifbewegungen, deren Rückhalt wie immer die freien Gewerkschaften waren. Ohne die freien Gewerkschaften keine Tarifverträge für die christlichen Verbände; umgekehrt dürfte es nur bei kaum nennenswerten Bewegungen gewesen sein.

Das ist gewiß, ohne die christlichen Gewerkschaften ständen die deutschen Arbeiter heute auf höherer wirtschaftlicher und politischer Stufe. Was die christlichen Gewerkschaften hier und da zugunsten der Arbeiter geschafften und herausgeholt, das haben sie auf anderem Gebiete wieder doppelt und dreifach verdorben durch Streikbrechereien und sonstige Verätherungsmitteln. Die deutsche Arbeiterschaft erlebte eine glückliche Stunde, wenn sie diese zübelstättige Zerplitterungsorganisation nicht mehr sehen würde.

Der Verband der christlichen Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeiter werden wir gelegentlich besonders behandeln.

Streits und Lohnbewegungen.

Streits und Aussperrungen bestehen in Ebersdorf bei Koburg (Schamottefabrik); Hamburg (Margarinefabrik, Seifenfabrik); Stolberg; Lauenburg i. B. (Ziegelei); Mannheim (Margarinefabrik); Mühlheim a. M. (Zementplattenfabrik); Plau i. M. (Ziegelei) Velten i. Mark (Schamottefabrik).

Zug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Rürnberg. Einen schönen Erfolg erzielten die Kollegen im Hartheimwerk bei der Firma Brand in Marfiredwih nach dreiwöchigem Streik. Obwohl der Herr Generaldirektor nach Einreichung der Forderung durch die Organisation antwortete, daß nichts bewilligt würde und wenn die Arbeiter ein Jahr freitren, ließen sich die Kollegen hierdurch nicht einschüchtern und legten die Arbeit nieder, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Sie hatten aber einen schmerzlichen Stand, da sie nicht nur gegen den wirtschaftlichen Gegner, den Arbeitgeber, zu kämpfen hatten, sondern auch gegen die Vorurteile der Einwohnerheit, die der neuen Situation verhandlungslos und mißtrauisch gegenüberstand. Es wurden die unglücklichsten Dinge über den Streik kolportiert. Um Klarheit zu schaffen, saßen sich die Streikenden veranlaßt, für Montag, den 14. Juli, eine öffentliche Einwohnerversammlung einzuberufen, welche sehr gut besucht war und nach einem Referat, das die Ursachen des Streiks darlegte, einer Resolution zustimmte, welche den Streikenden die volle Sympathie aussprach und es verurteilte, daß einige Arbeitswillige im Betriebe blieben. Am Tage nach der Versammlung kam der Herr Generaldirektor nach Brand und erklärte sich bereit, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Das Resultat der Unterhandlung war: Stundenlohnarbeiter erhalten eine Lohnserhöhung von 15 Prozent, Akkorbarbeiter, wenn sie im Stundenlohn beschäftigt werden, 35 Pf. (bisher 30 Pf.) pro Stunde. Für das Durchräumen der Wagen werden pro Wagen 2 Pf. bezahlt (bisher 1,7 Pf.), was eine Lohnserhöhung von 75 Pf. pro Tag und Arbeiter ausmacht. Ueberstunden und Sonntagsarbeit mußten bisher ohne besondere Entschädigung geleistet werden. Erreicht wurde für Ueberarbeit ein Zuschlag von 5 Pf., für Sonntagsarbeit ein solcher von 10 Pf. pro Stunde. Diesen Zugeständnissen wurde von den Streikenden zugestimmt und die Arbeit am Mittwoch, dem 16. Juli, von allen Beteiligten wieder aufgenommen. Somit hat die erste Lohnbewegung in Brand, das hart an der Grenze der zurückgebliebenen Oberpfalz liegt, mit einem schönen Erfolg geendet, lediglich durch das einmütige und ruhige Vorgehen der Kollegen. Hoffentlich lernen auch die in den übrigen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, aus dieser Bewegung, daß nur durch die Organisation eine Befreiung ihrer traurigen Lage möglich ist. Das Bestreben unserer Kollegen muß sein, unermüdblich für die weitere Ausbreitung unserer Organisation zu wirken.

Stettin-Frauentdorf. Der Streik in der Zickorienfabrik J. G. Weiß ist nach vierzehnwöchiger Dauer beigelegt worden. Es ist den Vertretern der streikenden Arbeiter gelungen, die aufgeschobenen Forderungen zum größten Teile durchzusetzen. Teilweise wurden die Löhne über alle Erwartungen hinaus aufgebessert. Auch bezüglich der Wieder-einstellung der Streikenden wurden von der Firma bestimmte Zugeständnisse gemacht. Verabredungsgemäß sollte Sonnabend, den 12. Juli, die Hälfte der Streikenden eingestellt werden. Am Montag vormittag wurden aber bereits drei Viertel der Anständigen wieder eingestellt. Der über die Produkte der Firma Gebr. J. G. Weiß verhängte Boykott ist aufgehoben.

Witten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schamottefabrik von A. Rönninghoff in Witten ließen durch ihre Organisationsleitung Forderungen auf Lohnserhöhung und Abschluß eines Tarifvertrages einreichen. Herr Rönninghoff verweigerte, die ganze Angelegenheit vor sich abzumachen und übergab den Tarifentwurf der Lohnkommission des Witterer Offenfabrikantenverbandes für Schmelzfabrikation. Diese letzte jedoch ein Eingeständnis ab, da es sich hier nicht um eine Schmelzfabrikation

Übersichtstabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1913.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl (am Schlusse des Quartals), Zu- oder Abnahme gegen das 1. Quartal, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and various statistics for trade union support (a) and travel (b).

Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtskarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Minden, Motho. Gau 2: Osterwerda, Schmiedeberg. Gau 3: Potsdam. Gau 4: Lauenburg, Treptow. Gau 5: Dornitz, Jabitowo. Gau 6: Penzig. Gau 11: Mühlhausen. Gau 12: Müllheim. Gau 13: Gießen. Gau 14: Andernach, Goch. Gau 15: Bedel.

eine Schamottefabrik handelt. Auf erneutes Drängen der Verbandsleitung ließ sich Herr Wönninghoff herbei, in Verhandlungen einzutreten, ließ sich aber trotz mehrmaliger Verhandlungen zu irgendwelchen Zugeständnissen nicht bewegen und lehnte ab, weitere Verhandlung ab.

1. Der Vertrauensmann der Porzellanarbeiter ist nicht gemahregelt, sondern wegen Blamachens entlassen worden. 2. Eine vom Gewerkschaftsstellvertreter Grunstadt einberufene Mitgliederversammlung beurteilte das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hochsprechende Vorgehen des Porzellanarbeiterverbandes im Falle Grunstadt.

17.17. Magdeburg 9. — Osnabrück I 7.19. Annaberg 1.20. Altenburg (S.-A.) 3525.35. Krefeld 520.98. Elbing 209.15. Harzburg a. S. 1.50. ...

Verstarbeiterbewegung. Von den in der Zentral-Verbandskommission vertretenen Gewerkschaften und den beteiligten Arbeitern wurde vor mehreren Monaten eine Lohnbewegung eingeleitet. Mehrere Konferenzen der Verstarbeiter haben sich mit den zu stellenden Forderungen beschäftigt.

Korrespondenzen. Stellen. Unerledigte Angelegenheiten in der Schamottefabrik A. Wönninghoff ihrer Abstellung. So sind zum Beispiel die Bedürfnisanstalten in einer derartigen Verfassung, daß sich Änderungen dringend notwendig machen.

Die Abrechnung für das zweite Quartal 1913 haben eingeleitet: Hamburg, Niederjochswiesen, Arnstadt i. Thür., Schwann, Düsseldorf, Guben, Weisenfels, Lübeck, Martranzstadt, Memel, Barel, Schwarz, Nordhalben, Wiffelhövede, Brieg, Preeß, Benthen, Kaitowitz, Kamenz, Pforzheim, Minden i. W., Süßbode, Mühlensbed, Düren, Altwasser, Finsterwalde, Mühlhausen i. G., Mühlhausen i. Thür., Lauban, Kolbermoor, Darmstadt, Langensalza, Brunsbüttelkoog, Burg a. F., Havelberg, Ludwigshafen, Hennigsdorf, Anklam, Osterwerda, Ebersdorf, Mühlhausen, Glabach, Volzrode i. Schl., Malchow, Groß-Mühlhausen, Witten, Neumarkt i. D., Strahlen, Schmiedeberg b. S., Neustettin, Jittau, Neustadt i. Oberh., Nabeberg, Schönberg, Wismar, Reichenhall, Rentlingen, Schwabach, Schneeringen, Weizen, Salzweibel, Singen, Wunsiedel, Ohlau, Weiswasser, Jabitowo, Peine, Neudamm, Rürnberg, Neuburg a. W., Udermünde, Seib, Worms, Mügeln b. D., Dölan, Cammin, Gollnow, Müllheim, Krefeld, Lübbethen, Halberstadt, Dittersbach, Baugen, Phebo, Regensburg, Krefeld, Lübbethen, Marktredwitz, Girsberg, Marggrin, Oberlohan, Heilbronn, Holzminde, Cutin, Mollenbed, Bromberg, Freienwalde, Nahr, Friedrichstadt, Kronach, Zell a. S., Naun, Nordenham, Saargemünd, Urm, Stettin, Offenbach, Vergeborf, Neustadt a. Dela, Wöppingen, Juidan, Reithofen, Drantenburg, Trebnitz, Osnabrück I, Philippsburg, Neustadt a. d. Haardt, Rheinfelden, Gieselhöring, Konstanz, Lauterbach, Pomburg i. Pf., Elbing, Bodenwerder, Landsbut, Lübenfeld, Freiburg, Heubach, Biere, Hornberg, Müstau, Gerzfelde, Lauenburg, Daberan, Haynau, Grauske, Groß-Westen, Friedland i. Schl., Straßburg, Werber, Neustadt a. d. Weich, Schwiebus, Behdenit, Boffen, Walsrode.

Verbandsnachrichten.

Von den Protokollen der Papierarbeiterkonferenz ist noch ein kleiner Posten vorhanden. Zahlstellen, in deren Gebiet Papierfabriken liegen, werden gut tun, sich mit etwas über den notwendigen Bedarf zu versehen. Preis für Mitglieder 10 Pf., Nichtmitglieder 50 Pf.

Verlosene und für ungültig erklärte Bücher und Karten. Hat sich die Zahlstelle Meerane mit Zwickau. Reisegeheim wird in Meerane nicht mehr gezahlt.

Die Methode des Porzellanarbeiterverbandes

Die Nummer 29 des Organs des Porzellanarbeiterverbandes „Die Ameise“ bringt einen Artikel mit der Überschrift „Der Streikbruch des Porzellanarbeiterverbandes in Grunstadt“. Es ist nicht anzunehmen, sich mit diesen heranzugreifen zu müssen, die angehend von gewerkschaftlichen Grundfragen so viel verstehen wie von einer sachlichen Polemik.

Statistik für die Gummiindustrie. Zahlstellen, die mit der Einsendung der Fragebogen noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben bis 31. Juli einzusenden. Der Vorstand.

Aufforderung.

Die Mitgliedsbücher für Heinrich Semmler und Gustav Schneider sind gefunden worden und können unter Vorlegung ausreichender Legitimation vom Vorstand abgefordert werden.

Ein das Mitglied August Hartwig, 457 801, aus Finsterwalde, darf keine Unterstützung gezahlt werden; seine Adresse und sein Buch sind an die Zahlstelle Finsterwalde zu senden.

Vom 15. Juli an gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein: Hamburg 6029.65. Köln 4447.77. Jittau 743.32. Werder a. d. S. 373.67. Seligenstadt 345.92. Bismarck 328.61. Oberlohan 284.99. ...

Eingegangen

ist die Zahlstelle Waren.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Greifswald. Friedrich Buchen, Brückstraße 26. Mühlhausen i. Elsaß. Aug. Müller, Dornacher Straße 3. ...

Inferrate. Männliche Personen jeden Berufs können ohne ärztliche Untersuchung in die Meißner Zuschußkasse eintreten. Gegründet 1873 und auch unter dem Privatversicherungsgebot zugelassen. ...

## Chemische Industrie

### Eigennützige und gemeinnützige Wohlfahrts-einrichtungen.

Ueber den eigentlichen Zweck sogenannter Wohlfahrts-einrichtungen großindustrieller Betriebe sind sich modern organisierte Arbeiter längst im Klaren. Wir haben schon von jeher die Meinung vertreten, daß alle diese, angeblich aus purer „Uneigennützigkeit“ errichteten Anstalten nur Mittel zum Zweck sind und lediglich dazu dienen, die Arbeiterschaft an den Betrieb zu fetten, sie selbst unter ungünstigen Arbeitsverhältnissen in fortwährender Abhängigkeit von den Launen des „Wohltäters“ zu halten. Diese Auffassung haben wir durch Ausführung von Ansprüchen von Unternehmern und Sozialpolitikern belegt, um den Kollegen im Lande zu beweisen, daß unsere Ansichten auch von Leuten aus bürgerlichen Kreisen, deren Blick nicht durch den Schleier kapitalistischer Profitgier getrübt ist, geteilt wird.

Heute sind wir in der Lage, ein weiteres und zwar ein gerichtliches Urteil, das nach jahrelangem Streit gefällt wurde, zur Kennzeichnung des Wohlfahrtszweckes, anzuführen. Zur Klärung der Sachlage dienen folgende:

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen brachte, wie wir der „Pfälzischen Post“ entnehmen, am 27. Dezember 1901 bei dem Rentamt in Ludwigshafen den Antrag ein, daß es in Zukunft von der Erhebung des Gebührenaquivalents für Immobilien (Grundstücke), auf welchen Wohlfahrts-einrichtungen der Gesellschaft errichtet seien, absehen wolle, da die in Betracht kommenden Objekte gemeinnützigen Zwecken gewidmet seien.

Die Regierung der Pfalz, an welche das Gesuch weitergeleitet worden war, erließ am 27. Juni 1904 eine Entschließung an das Ludwigshafener Rentamt, in welcher die Befreiung vom Gebührenaquivalent nur der Haushaltungsschule, der Speiseanstalt und Speisehalle für Arbeiter, der Turnhalle, dem Schwefelsteinhaus mit Ambulatorium für Frauen und Kinder, dem Ambulatorium für Arbeiter, dem Asyl für Wöchnerinnen und dem Frauen- und Kinderbad stattgegeben wird. Dagegen seien die Voraussetzungen der Befreiung für die Arbeiter- und Arbeiterwohnhäuser und das Gesellschaftshaus, die aus eigennützigen Zwecken errichtet seien, nicht sämtlich erfüllt und deshalb die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenaquivalents für letztgenannte Objekte gegeben.

Mit diesem Entscheid gab sich die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik nicht zufrieden. Der Verwaltungsgerichtshof in München befaßte sich nunmehr kürzlich mit dieser Angelegenheit. Der Vertreter der Badischen Anilin- und Sodafabrik glaube, in dem Entscheid der Regierung der Pfalz einen logischen Widerspruch aus der Behauptung erblicken zu müssen, daß die Gründe für die Errichtung der Arbeiterkolonien und des Gesellschaftshauses eigennütziger Natur seien. Es dürfe bei der Beurteilung kein Unterschied gemacht werden, inwiefern bei fraglichen Einrichtungen das Interesse des Arbeitgebers mehr oder weniger hervortrete. Die Gründe seien alle aus der gleichen Willensrichtung, sozial zu wirken, hervorgegangen. Die Fabrik habe doch nicht beabsichtigt, Turnhallen, Badeeinrichtungen usw. aus sozialen Zwecken, das Gesellschaftshaus und die Arbeiterwohnungen hingegen aus eigennützigen Zwecken zu erbauen. Die Auslegung des Wortes „gemeinnützig“ durch die Regierung sei zu eng und unmodern. Die Arbeiterkolonien seien erst hervorgegangen aus dem Wandel der Anschauungen, die sich seit 1878 und namentlich seit der kaiserlichen Botschaft vom Jahre 1881 ergeben haben. Auch die kaiserliche Botschaft habe sicherlich nicht gewollt, daß lediglich „um Gottes Lohn“ etwas für die Arbeiter geschehe. Die Absicht sei vielmehr gewesen, einen zufriedenen Arbeiterstand zu bekommen und den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern. Unsere ganze Sozialgesetzgebung sei also nicht gemeinnützig im engeren Sinne.

Der Verwaltungsgerichtshof konnte sich jedoch die juristischen Deduktionen des Vertreters der Badischen Anilin- und Sodafabrik nicht zu eigen machen und entschied im Sinne des Urteils der Regierung der Pfalz. Aus der Urteilsbegründung sei folgendes hervorgehoben:

Das Gebührengesetz verlangt für die Befreiung vom Gebührenaquivalent, daß die Objekte ständig und ausschließlich einem frommen, milden, gemeinnützigen oder

unterrichtszwecke dienen. Der Begriff des gemeinnützigen Zweckes ist im Gesetze nicht näher umschrieben. Er ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichtshofes in Übereinstimmung mit dem Wortsinne und der gemeinüblichen Anschauung als im Gegensatz zu „eigennützig“, dem Vorteile dienenden Zwecken“ stehend aufgefaßt worden, und es wurden als gemeinnützige Zwecke im Sinne des Gebührengesetzes jene bezeichnet, welche der Allgemeinheit oder doch weiteren Personenzirkeln, nicht aber bloß einzelnen oder eng begrenzten Kreisen zum Nutzen gereichen. In Anwendung dieses Grundgesetzes kann der Zweck der Arbeiterhäuser an sich als gemeinnützig erachtet werden. Ihr Zweck, den Arbeitern gesunde, billige Wohnung zu beschaffen, ist zweifellos gemeinnützig, da er der Förderung wirklicher Lebensinteressen dient. Die Tatsache, daß im Jahre 1900 bereits 677 Arbeiter- und Arbeiterwohnhäuser mit 3867 Bewohnern in Benutzung gestanden und außerdem 28 neue Wohnungen im Bau begriffen waren, beweist auch ohne weiteres, daß diese Wohnungen, wenn auch nur einem bestimmten Stande, so doch weiteren Personenzirkeln zum Nutzen gereichen, und es muß vorbehaltlos anerkannt werden, daß die beschriebene Arbeiter-Gesellschaft mit dieser ausgedehnten Wohnungsanlage eine höchst segensreiche Einrichtung zur Verbesserung der sozialen Lage ihrer Arbeiter geschaffen hat. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Widmung der in Frage stehenden Gebäude zu dem gemeinnützigen Zwecke eine ständige ist. Jedoch ist die weitere vom Gebührengesetz geforderte Voraussetzung eines ausschließlich gemeinnützigen Zweckes im vorliegenden Falle nicht erfüllt. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichtshofes, die für die Auslegung des Begriffes feste Grundlagen geschaffen hat, sind ausschließlich gemeinnützige Zwecke nur solche, welche im Gegensatz zum Privatinteresse und zum wirtschaftlichen Eigennutze nur dem Gemeinwohl, dem gemeinen Besten und dem öffentlichen Nutzen dienen. Wohlfahrts-einrichtungen können demgemäß nur dann als ausschließlich gemeinnützig erachtet werden, wenn sie ohne die Absicht eigenen Vorteils zum Wohle weiterer Bevölkerungskreise ins Leben gerufen werden. Die Voraussetzung, daß die Objekte ausschließlich einem gemeinnützigen Zwecke dienen, ist dann nicht gegeben, wenn die Objekte neben einem gemeinnützigen Zwecke auch noch andern nicht gemeinnützigen Zwecken, z. B. privater Gewinnerzielung, dem Vergnügen oder bloßer Annehmlichkeit dienen. Von diesen Grundsätzen abzugehen, hat der Reichsgerichtshof keinen Anlaß. Die Errichtung von Arbeiter- und Arbeiterwohnhäusern erfolgt aber nicht ausschließlich zu dem Zwecke, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern auch zugleich zu dem Zwecke, hierdurch auch den eigenen Interessen des Unternehmers zu dienen. Die Gewinnung und Erhaltung eines soliden und zufriedenen, vor allem aber auch gesunden Arbeiterstandes liegt im hohen Grade im eigenen Interesse des Unternehmers, und es liegt auf der Hand, daß die Arbeiterkolonie dieser Erwägung mit ihrer Entstehung verdankt. Der Einwand der Beschwerde, daß in der dichtbevölkerten Gegend von Ludwigshafen eine derartige Maßnahme zur Verbesserung eines zuverlässigen Arbeiterstandes nicht notwendig sei, weil seit Jahren das Arbeitsangebot die Nachfrage übersteige, ist nicht stichhaltig. Denn nicht die Möglichkeit einer raschen, lückenlosen Ergänzung der Arbeiterzahl steht hier in Frage, sondern die Möglichkeit der Erhaltung eines gesunden, in dem von den Unternehmern gepflegten Betriebszweige geschulten Arbeiterstandes, eines Grundstockes, erfahrener und geübter Arbeiter, die Möglichkeit der Hintanhaltung vorzeitiger Austritte brauchbarer Arbeiter, und es kann wohl im Ernst nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Möglichkeit durch diese Bereitstellung gesunder und billiger Wohnungen für die Arbeiter wesentlich gefördert wird. Darauf deutet auch das eigene Vorbringen der Beschwerde hin, daß „der Drang nach Geselligkeit in den Arbeitern, die über die erste Jugendzeit hinaus sind, so ausgeprägt ist, daß dieselben, erfahrungsgemäß, so bald es ihre Verhältnisse gestatten, an die Erwerbung eines eigenen Hausbesitzes herantritt“. Denn da immerhin ein großer Teil auch der älteren Arbeiter zur Erwerbung eigenen Hausbesitzes nicht in der Lage sein wird, erscheint die Darbietung einer entsprechenden Mietwohnung zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen eben als das nächst wirksame Mittel, den Arbeiter mit dem Unter-

nnehmer enger zu verbinden und seinem Drange nach Geselligkeit entgegenzukommen. Das Gesellschaftshaus, das in der Hauptsache nur die Kreise der Fabrikbeamten zur Einnahme einer Mahlzeit während der kurzen Mittagspause sowie zur Pflege der Geselligkeit und der Unterhaltung dient, dient gleichfalls mit seinen Einrichtungen den eigenen Interessen des Unternehmens, indem es die Fabrikbeamten durch Darbietung verschiedener Annehmlichkeiten an das Unternehmen festhält.

Die Fassung des Urteils ist ein eigenartiger Ton gestimmt. Einerseits stellt das Gericht nicht in Abrede, daß die Wohlfahrts-einrichtungen der B. A. S. F. sozialen Motiven entspringen, andererseits gibt es aber doch zu, daß die vielgepriesene „Wohlfahrt“ auch im Interesse des Unternehmens liegt. Das Urteil halbiert gewissermaßen den Wohlfahrtszweck der B. A. S. F. Damit wird zwar nicht ganz unserer Ansicht Rechnung getragen, wonach der ganze Wohlfahrtszweck sich als lediglich im Interesse der B. A. S. F. liegend auflöst; immerhin akzeptieren wir das hochbedeutende Zugeständnis, daß die sozialen Einrichtungen der B. A. S. F. für das Unternehmen zu einem Teil von eigennützigem Interesse sind. So muß die B. A. S. F. verurteilt werden.

Wir hoffen, daß das Urteil in den weitesten Kreisen der Arbeiter Aufklärung schaffen wird, insbesondere bei denen, die in der gelben Werkereibewegung und den damit verbundenen Wohlfahrtszwecken der Kultur höchste Blüte sehen.

### × Aus der Kali-Industrie.

Der Reichstag wurde vertagt, ohne daß die Novelle zum Kalifgesetz erledigt worden wäre. Der Regierung erschien die Erledigung der Kalifnovelle unendlich wichtiger als die Schaffung gesunder Verhältnisse in der Kali-Industrie. Die Mitglieder des Reichstages sind über die Verschleppung der Novelle nicht sonderlich erbaut, zumal die Finanzverhältnisse einer ganzen Anzahl Werke recht unsicher geworden sind. Sie beabsichtigen deshalb, zur Selbsthilfe zu greifen. Bereits am 18. Juni fand in Berlin eine Besprechung der gewählten Kalifkommission mit Vertretern solcher Werke statt, die geneigt sind, den Ausbau ihrer Anlagen gegen eine Entscheidung zurückzustellen. Die begonnenen Verhandlungen werden zur Gewinnung geeigneter Grundlagen fortgesetzt und alsdann weiter ausgedehnt werden.

In den Geschäftsberichten und auf den Generalversammlungen der Kalifunternehmer ertönt das Klageglocken von der schlechten Lage der Kali-Industrie. Die Redner wenden sich vor allem gegen jede weitere Erhöhung der Kalifabgaben, gegen die Einschränkung der Quotenbestimmungen und gegen die bevorrechtete Stellung der staatlichen Werke. Dieser Standpunkt von Vertretern des Großkapitals der Kali-Industrie ist nicht weiter verwunderlich; bilden sich doch die Herren ein, daß die Bodenbesitzer Deutschlands nicht für die Aktion, sondern nur für eine Handvoll Kalifaktionäre vorhanden sind. Um diese Schätze billig heben und gut verkaufen zu können, werden nach einer Erklärung des Aufsichtsrats des Kalifkonzerns Stilllegungen in größerem Umfang notwendig sein. Wahrscheinlich wird man sich vorläufig darauf beschränken, die noch im Ausbau stehenden Schächte gegen eine angemessene Entschädigung stillzulegen.

Kürzlich erschien auch die Liste über die Quotenbeteiligungen, gültig vom 1. Juni 1913. Im ganzen sind 139 Werke vorhanden. Davon sind im Jahre 1912 22, 1913 hingegen 24 hinzugekommen. Die Beteiligungszahlen weisen gegen die des Vorjahres 1911 verhältnismäßig bedeutende Rückgänge auf. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1913 stieg der Kalifschlag um 6 1/2 Millionen Mark über die Summe der gleichen Zeit des Jahres 1911. Trotzdem reicht diese Steigerung nicht aus, um die Beteiligung der neuen Werke vom Jahre 1913 zu decken.

Aus dem Jahre 1912 wurden noch nachfolgende Geschäftsergebnisse bekannt. Die Adler-Kalifwerke in Oberböblingen a. S. erzielten 234 677 M. Reingewinn gegen 280 733 M. im Jahre 1911. Von Verteilung einer Dividende wird Abstand genommen. — Der Reingewinn der Gewerkschaft Desdemona, die ihre Anlagen in Ulfeld hat, stieg von 737 371 M. auf 824 689 M. Es wurden 800 000 M. Ausbeute gezahlt. — Die Kalifwerke Großherzog von Sachsen in Dietla verteilten 9 Prozent Dividende. — Die A.-G. Deutsche Kalifwerke in Bernerode, die zurzeit 13 anteilsberechtigten Schächte umfaßt, erzielte einen Reingewinn von 3 972 584 M. gegen 2 878 899 M. im Jahre 1911. Die Dividende liegt von 9 auf 10 Prozent und erfordert 2 644 500 M. Erhebliche Summen werden in Reserve gestellt. Der Konzern hat demnach gut gearbeitet. In der Fabrikanlage der A.-G. Neubleicherode, die ebenfalls dem Konzern angegeschlossen ist, wurde ein kontinuierlich arbeitender Pöspapparat für salzsaure Salze aufgestellt. Die damit gemachten Erfahrungen sind gut, so daß auch für die übrigen Konzernwerke derartige Apparate beschafft werden sollen. — Der Reingewinn der A.-G. Kalifwerke Gattorf in Philippsthal a. d. Werra beträgt 605 729 M. Es wurden 8 Prozent Dividende verteilt. — Der Reingewinn der Gewerkschaft Hedwigsburg in Meisdorf stieg von 1 475 026 M. auf 1 373 522 M. Der Gewinnrückgang wird auf den Abgang von 100 000 M. zurückgeführt. — Die Gewerkschaft Heiligenrode erzielte eine ganz beträchtliche Gewinnsteigerung. Der Gewinn stieg von 534 838 M. auf 1 006 115 M. Nach Abzug der Abschreibungen und sonstiger Unkosten werden 400 000 M. Ausbeute gegen 200 000 M. im Vorjahre verteilt. Der Bau der Fabrik bei Dornsdorf ist so weit vorgeschritten, daß die Inbetriebsetzung der Fabrik vor-

## Die Kohlenoxydgasvergiftung — ein Teufelswerk?

V.

Schumann, der am Boden lag und schlief, hatte, da das Kohlenoxydgas leicht ist, am allerwenigsten davon bekommen; die beiden andern, die in hohlerer Stellung saßen, bekamen mehr davon, besonders der verstorbene Weyer, scheint durch seine Stöße seine Tod durch Verschwendung größerer Mengen Kohlenoxydgas herbeigeführt zu haben; so würde jene ungefähr ein Gutachten zu lauten haben. Erdmann urteilt über den Tod Weyers folgendermaßen: Weyer sei durch die Verdichtung der Luft, die die heftigsten Angriffe auf seine Seele ausübten, durch die fortwährende Anstarrung der Toten, durch den Teufelsbesuch, das laute Fragen, gewalttätige Anreißen der Fensterläden und der Türen, durch die vom Teufel erfolgte Anhauchung, so aufgeregt worden, daß er infolge schwacher Leibesbeschaffenheit „trepierte“.

Als fünftes Argument führte er die bei Kohlenoxydgasvergiftung auftretenden Helden als Teufelswerk ins Feld. Er sagt:

„5.) Finden sich ja bei dem amnoch lebenden Studioso über der Brust, insbesondere an dem linken Arm Anzeigungen eines vom Teufel empfangenen übeln Tractaments genug: denn woher kommen dann die an dem Arm bemerkten vielen Krellen, welches ja, seinen ersten Vorzeichen nach, von keinem Falle entziffern können? Denn es ja die geliebte Vernunft giebt, daß kein Mensch, so mit Kleidern wohl versehen, durch einen Fall, ohne die Knochen und Muskeln zugleich mit zu verletzen, die Oberfläche der Haut mit so vielen recht über den Arm gehenden Streifen zeichnen könne; zudem ist ja der Arm sowohl an dessen innerer als äußerer Seite mit Krellen besetzt, welches denn wohl ein natürlicher Fall, den kein Mensch sich wird erklären können, müßte gewesen sein. Neben diesem, so ist der Studioso seinem selbst eigenen Geständnis nach, nicht von der Stelle im Häuschen kommen, wie ihn denn auch der Schneider Heuchler nicht darinnen, und nochmals die allhiesigen wohl-

blöhen Stadtgerichten in einem höchst miserablen Zustande am Tisch sitzend, daß er weder stehen noch gehen können, wie er sich denn auch noch bis auf diese Stunde von einem Orte zum andern muß tragen lassen, angetroffen, wie kann er denn gefallen, und da kein Fall gesehen, der Arm so wunderbarlich verletzt, und zertrümpert worden sein? Daher ja handgreiflich abzunehmen, daß der studioso aus dem Jure der Strafe nur einen Fall fingiert, ob er gleich sonst durch Ueberzeugung seines bösen Gewissens bei Vorhaltung, daß er vom Teufel ohnehin auch angepöckelt worden, und zu dessen Beweistung man ihm auch die Streiche und Krellen auf der Brust und linken Arm zeigt, es nicht widerspricht, sondern nur entweder darauf mit niedergedrückten Augen stille schweigt, oder so er ja darauf zu antworten genötigt wird, sich damit zu entschuldigen trachtet, wie er, was ihm eigentlich nach der Beschreibung widerfährt, selbst nicht wiße.“

Und so schlüßfolgert der Medicinæ Doctoris und Pratici Erdmann:

„6.) So ist der Teufel selbst ein Geist, daher er mit Erlaubnis Gottes die Lebensgeister in diesen Kindern der Finsternis, die sich durch ihr gottloses und frevelhaftes Beginnen aus der Gnade Gottes gesehrt, gar leicht erlösen können, ohne daß er schuldig deshalb einige äußere Zeichen zu hinterlassen. . . Dieses bleibt wohl eine unumstößliche Wahrheit, daß wenn ein Mensch den Namen Gottes mißbraucht, und durch Jaubereien und Beschwörungen denselben schändet, sich dem Teufel und seinem Werke völlig ergibt, und hierdurch den in der heil. Taufe mit der allerheiligsten hochgelobtesten Dreieinigkeits gemachten Bund lieberlich aufhebt, und sich also aus der Gnade Gottes und den Schuß der heiligen Engel mitwiltig sehet, der allerhöchste Gott jedoch an solchen boshaften Frevlern seine gerechtesten Vorn-Gerichte zum Schrecken der Atheistisches Welt auszuüben und herrlich zu machen, dem Teufel (wie ohne Zweifel an denen zwei Buren gesehen) sie zu verderben öfters Gewalt giebet. Denn sein Jure über die Gottlosen breunet bis auf die unterste Hölle, und o! weh und ewig weh allen denen, die solchen mutwillig auf sich reizen.“

Der zwischen Hoffmann und Erdmann entfachte Streit wurde vor der theologischen Fakultät der Universität in Jena fortgesetzt. Die Vertreter der Wissenschaft und Medizin wollten jedoch vom Teufelswerk nichts wissen, sie stimmten den Argumenten Hoffmanns zu. Es folgten im Laufe des 18. Jahrhunderts verschiedene Tierversuche, die die Ansichten Hoffmanns bestätigten. Im Jahre 1826 erkannte Biorry, daß die bei Kohlenoxydgasvergiftung auftretenden Erscheinungen ausschließlich durch Blutveränderungen herbeigeführt werden. 1857 stellte Hoppe-Seyler die Blutveränderungen in ihren Einzelheiten fest. Die 1859 von Bunsen und Kirchhoff entdeckte Spektralanalyse ermöglichte es, auf ebenso einfache wie leichte Art, die Anwesenheit von Kohlenoxydgas-Hämoglobin im Blute, durch die Entziehung ganz bestimmter eigenartiger Linien im Spektrum des Sonnenlichtes festzustellen. Damit war in Kreisen der Wissenschaft der Teufel als Helfershelfer endgültig abgetan. Die Schilderung beider Gutachten ist interessant. Beweist sie doch den unheilvollen Einfluß der Suggestion. Was die Wissenschaft in ihrer damaligen Primitivität nicht erlösen konnte, wurde, wenn sich gute Wirkungen zeigten, von der Kirche als Werk Gottes, wenn sich böse Wirkungen zeigten, als Werk des Teufels erklärt. Sehr leicht war es den Pfaffen gemacht. Die des Lesens und Schreibens unkundigen, gottesfürchtigen Volksmassen glaubten blindlings alles, was ihnen vorgelegt wurde. Wer nicht glauben wollte oder ganz und gar lehrerliche Redensarten führte, wurde verbrannt, geächtet und zu allen ewigen und zeitlichen Kirchenstrafen verdammt.

Heute geht die Macht der Pfaffen nicht mehr so weit. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Spuk von guten und bösen Geistern gebannt ist. In rückständigen Gegenden schwingen noch heute die Pfaffen mit großem Quasimus ihrzepter als fürsorgliche Seelenhirten. Und ihre Schafe, die Gläubigen? — Sie glauben noch heute im 20. Jahrhundert an allerlei Teufelsanfang. O sancta simplicitas!

ausdrücklich im August erfolgen kann. — Die Gewerkschaften Hebrungen I und II in Oberhebrungen erzielten 1912 einen Rohgewinn von 512 371 M. gegen 439 861 M., der voll zu Abschreibungen verwandt wird. — Die Bergbau- u. G. Gustav in Boppehausen verteilt wegen der noch unfindigen Lage in der Kali-Industrie keine Dividende. Von dem Reingewinn in Höhe von 1 018 404 M. werden 500 000 M. dem Dividendenreferendums überwiesen. — Ein besseres Geschäftsergebnis erzielte die Gewerkschaft Kastenberg in Kastenberg i. Thür. Während das Geschäftsjahr 1911 mit einem Verlust von 170 487 M. abschloß, wurden 1912 101 572 M. Reingewinn erzielt. — Die Gewerkschaft Sachsen-Weimar in Unterbreizbach verzeichnet für 1912 einen Ueberschuß von 830 000 M. Die neue Fabrik ist kurz nach Pfingsten in Betrieb genommen. — Die Bergbaugesellschaft Teutonia in Wustrow erzielte 340 034 M. Reingewinn gegen 351 196 M. im Vorjahre. Es werden wieder 6 Prozent Dividende verteilt. Am 1. Juli wurde zu der Chloraliumfabrik eine Bromfabrik in Betrieb genommen. — Die Medienburgischen Kaliwerke in Gessenitz kaufen die Kugel der Gewerkschaft Webersied gegen den Betrag von 4 Millionen Mark. Die Durchführung dieses Kaufs ist in der Weise gedacht, daß der bar zu zahlende Teil des Kaufpreises unter Zustimmung der jetzt noch im Besitz von Jessenitz befindlichen Barmittel von etwa 1 Million Mark durch eine Zuzahlung von 35 Prozent auf die Aktien von Jessenitz aufgebracht wird.

**Die Fabrikation von künstlichem Ammoniak durch die Babische Anilin- und Sodafabrik.**

Die Zahl der Arbeiter der Babischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., welche im vergangenen Jahre 8640 betrug, hat jetzt das zehnte Tausend überstiegen. Diese beträchtliche Anzahl neu eingestellter Arbeiter, die fast täglich noch wächst, soll, wie wir hören, hauptsächlich für die neue große Ammoniakfabrik in Oppau bestimmt sein, welche in ihrem ersten Teile in wenigen Wochen in Betrieb kommt. Die Ammoniakfabrik wird aus überschüssigen laufenden Mitteln errichtet. Mit der synthetischen Herstellung des Ammoniak, wie sie der Gesellschaft dank der genialen Erfindung des Professors Haber gegliedert ist, wird eines der größten Probleme gelöst, welche die chemische Wissenschaft und Technik beschäftigt haben. So erfolgreich auch unter kaufmännischen Gesichtspunkten die synthetische Gewinnung des Indigo durch die Gesellschaft war und offenbar noch ist, so wird sie doch durch die Ammoniakfabrikation aller Voraussicht nach in ihrem finanziellen Ertragsvermögen beträchtlich übertraffen. Wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, ist im übrigen der Geschäftsgang in der Textilindustrie und speziell bei der Babischen Anilinfabrik andauernd und bis in die neueste Zeit zufriedenstellend. Das bisherige Resultat des Geschäftsbetriebes soll, ganz abgesehen von den aus den neuen Ammoniakfabriken zu erwartenden Umsätzen und Gewinnen, wieder ein entsprechend sehr gutes sein. — Also melbet die Finanzpresse. Schade, daß wir von der Lage der Arbeiter nicht gleich Günstiges berichten können.

**Papier-Industrie**

**Vertrauliches aus dem Arbeitgeberverband der Papierfabrikanten.**

Der Sekretär der Papierfabrikanten hat in letzter Zeit wiederholt seinem Kummer darüber Ausdruck gegeben, daß der böse „Proletarier“ von so vielen geheimen Rundschreiben und vertraulichen Mitteilungen Kenntnis erhält. Wir würdigen den Schmerz des Herrn durchaus. Unsere Unternehmer sind nun einmal leichtgläubiger wie die Maulwürfe. Wenigstens wollen sie alle Maßnahmen, die sie gegen die Arbeiter ausüben, geheimhalten. Dazu haben sie allerdings auch allen Grund. Denn sie sind in der Wahl ihrer Mittel so wenig wählerisch, daß schon die Rücksicht auf die öffentliche Moral sie veranlassen muß, diese Mittel im geheimen zu brauen. Um so mehr erwächst uns die Pflicht, die Arbeiterkraft, und nicht nur diese, sondern die Deffektivität überhaupt, über die heimtückischen und hinterlistigen Pläne der Papierfabrikanten zu unterrichten. Das wollen wir auch heute wieder tun, indem wir den sehr vertraulichen Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes der Papier- und Zellstofffabrikanten einer kurzen Betrachtung unterziehen.

Zunächst sei bemerkt, daß der Arbeitgeberverband der Papierfabrikanten im Juni 1906 auf der Generalversammlung des Vereins der Papierfabrikanten gegründet wurde. Vorsitzender wurde Herr Brünner-Kalbe, ein eifriger Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter und warmer Freund und Förderer vaterländischer Arbeitervereine. Bei der Gründung wurde mit der in Schwarzacherkreuzen nun einmal üblichen Heuchelei erklärt, der Verband solle kein „Werkzeug des Angriffs“ oder der Unterdrückung sein, sondern nur den „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten. Nach dem offiziellen Bericht im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ traten sofort circa 100 Mitglieder dem Verbands bei. Da ungefähr 500 Papierfabriken und 60 Zellstofffabriken in Deutschland vorhanden sind, ist das nur ein geringer Bruchteil der Betriebe. Es sind jedoch die meisten großen Betriebe dem Verband angeschlossen, so daß sein Gewicht größer ist als die Mitgliederzahl hätte lassen können.

Gewachsen ist der Verband seit seinem Bestehen nur wenig. Einige Jahre nach der Gründung berichtete der Geschäftsführer, daß die Mitgliedszahl „verhältnismäßig gering“ seien. Beitritten größerer Firmen habe ein „teilweises Abbröckeln“ gegenüber registriert sich es am Schluß:

Es besteht die Gefahr, daß die einzigen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, die bisher treu ausgehalten haben, den als verloren angesehenen Lohn ausgeben, daß sie es müde werden, die Seiten allein zu tragen, daß auf diese Weise ein hoffnungsloses Unternehmern der Auflösung verfallt.

Nach dem jetzt veröffentlichten — selbstverständlich streng vertraulichen! — Geschäftsbericht für 1912 zählte der Verband zu Beginn dieses Jahres ganze 107 Mitglieder. Der Fortschritt seit 1906 ist also herzlich gering. Das heißt auch der Sekretär des Verbandes — das ist der unvermeidliche Herr Ditzes, der auch Sekretär des Vereins der Papierfabrikanten ist — ein „Er liegt daran“, daß Firmen, die dem Arbeitgeberverband angehören, ihre Berufsgewerkschaften wieder im Stich lassen“ und fragt kritisch: „Haben sie (die anstrengenden Unternehmer) mit ihren Arbeitern einen funken Frieden geschlossen, indem sie ihnen gegen das Bestreben, daß sie, die Arbeiter, sich einer Organisation nicht anschließen, auch ihrerseits die Zusage abgaben, einem Arbeitgeberverband nicht beizutreten? Vorgekommen sind derartige Abmachungen.“ So, so! Uns sind zwar konkrete Fälle nicht bekannt, aber wir glauben es schon, daß Unternehmer neben ihren vielen anderen Maßnahmen auch diesen Trick angewandt haben, um die Arbeiter aus dem vertraulichen Verband herauszubringen. Selbstverständlich hat Herr Ditzes nichts dagegen, daß die Unternehmer ihre Arbeiter in solcher Weise festlegen, er verdammt nur, daß die Unternehmer sich zu Gegenleistungen verpflichten, also dem Arbeitgeberverband fernbleiben. Wenn wir die politischen Kammeren des Sekretärs der Papierfabrikanten nachahmen wollten, würden wir ungefähr sagen: Den Unternehmern sollen hohe Beiträge abgepreßt werden, damit die heuchelmäßigen Helfer der Schwarzacher, die zu ehrlicher Orientierung zu faul oder zu unfähig sind, ihr angenehmes Leben weiter-

führen können. Um Irrtum zu vermeiden, sei sofort bemerkt, daß dieser Satz nicht etwa unsere Auffassung ausdrückt, sondern nur zeigen soll, wie leicht es ist, den Stil und die Manieren der „Wochenblatt“-Journalisten zu kopieren.

Der Jahresbericht des Verbandes zeugt noch weniger als die Mitgliederentwicklung von einem Fortschritt. In dem Geschäftsjahr vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 ist nicht ein einziger Papierfabrikant dem Arbeitgeberverbande neu beigetreten. Wie sich die Einnahmen aus Eintrittsgeld und Mitgliederbeiträgen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1911/12 änderten, zeigt folgende Zusammenstellung. Es betrug die Einnahme

	1911	1912
aus Eintrittsgeld	3 292,—	—
aus Mitgliederbeiträgen	30 201,39	31 938,59
Zusammen	33 493,39	31 938,59

Die Gesamteinnahme ist also, weil der Einnahmeposten aus Eintrittsgeld völlig, um rund 1500 M. zurückgegangen. Die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen ist zwar um ein geringes gestiegen, aber diese Steigerung ist sehr gering. Das Vermögen des Verbandes hat sich allerdings erhöht. Am 31. März 1912 betrug es 99 798,66 M., am 31. März d. J. 122 655,03 M. Zimmermann kann uns ein Vermögen von reichlich 100 000 M. gewiß nicht schenken.

Seither hat der Arbeitgeberverband der Papierfabrikanten finanzielle Unterstützung an seine bestreikten Mitglieder so gut wie gar nicht bezahlt. Er begnügte sich damit, die streikenden Arbeiter durch eine sogenannte Schwarze Liste zu verfermen und die Deffektivität im „Wochenblatt“ und wo es sonst noch gelang, anzukündigen. Unsern Lesern sind ja die Schar Märchen über Rönigsberg, Borsdorf usw. noch in Erinnerung. In Zukunft will der Verband sich mit dieser mehr als problematischen Hilfe nicht mehr begnügen. Er will eine richtiggehende Streikversicherung schaffen. Das Projekt selbst wurde auf der vorletzten Hauptversammlung, die in Straßburg stattfand, erörtert. Referent war der Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände (Die Hauptkassette ist jetzt mit dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verschmolzen zur „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“) Dr. L. A. n. z. l. e. r. Dieser unterbreitete der Versammlung folgende Vorschläge: Die Papierfabrikanten, bei denen ein Streik ausgebrochen ist, oder die nach Zustimmung des Arbeitgeberverbandes ihre Arbeiter ausgeperrt haben, erhalten vom vierten Streiktag an eine Entschädigung. Diese beträgt 10 Prozent des Arbeitslohnes, wenn nicht mehr als 500 Arbeiter gleichzeitig streiken. Streiken mehr als 500, so wird für die überzählige Zahl die Entschädigung auf 5 Prozent des Arbeitslohnes herabgesetzt. Die für diese Entschädigung erforderlichen Beträge sollen aus dem Vermögen des Verbandes, soweit dasselbe 100 000 Mark übersteigt, bezahlt werden. Die 100 000 Mark sollen als vorläufiger Fonds in der Kasse bleiben. Reichen die verfügbaren Gelder zur Deckung der erforderlichen Summen nicht aus, so sollen die Entschädigungen in Abzügen abgezogen werden. Bei einer etwaigen Generalausperrung im Verbandsgebiet wird eine etwaige Entschädigung nur gezahlt, wenn die Hauptversammlung das ausdrücklich beschließt. Unterstützung erhalten nur solche Unternehmer, die mehr als 6 Monate dem Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstofffabrikanten angehören. Ein klagbarer Rechtsanspruch auf Entschädigung steht den Mitgliedern nicht zu. Wir erwähnen das besonders deshalb, weil noch vor gar nicht langer Zeit das „Wochenblatt“ sich bitter darüber entrüstete, daß die Gewerkschaften, wie bekannt aus Rücksicht auf gesellschaftliche Verhältnisse, für ihre Mitglieder den Rechtsanspruch auf Unterstützungen durch Statut ausschließen.

Die Hauptversammlung übertrug diese Vorschläge dem Vorstand zur Durchberatung und Berichterstattung an die nächste Hauptversammlung. Der Vorstand strich aus den Vorschlägen die Verpflichtung auf eine bestimmte Höhe der Streikentschädigung. Eine solche soll vielmehr nach dem „auf bestem Wissen und Gewissen“ bestehenden Gutdünken des Vorstandes und „unter Rücksichtnahme auf die zur Verfügung stehenden Mittel“ gewährt werden. Damit wird die ohnehin schon recht fragwürdige Streikentschädigung der Papierfabrikanten zu einem langen Schatten, der alle naart und keinem hilft.

Dieselbe Sitzung des Vorstandes, die ihr eigenes „Gutdünken“ zum letzten Richter erhob, sanktionierte auch eine Vorlage des schon oft und nie rühmend genannter doppelten Sekretärs Ditzes über Ratsschlüsse bei Streiks und Ausperrungen. Diese „Ratsschlüsse“ — es sind wirklich Ratsschlüsse in Gänze! — wurden auf Beschluß der Sitzung den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes überhandt. In einem zweiten Artikel werden wir diese Ratsschlüsse mitteilen und besprechen.

**Unfälle.**

In Arnshöberg (Westfalen) geriet der neunzehnjährige Arbeiter Wachsman unter die Trodenwalze und wurde zu Tode gequert. In der Papierfabrik in Dorsten (Westfalen) kam der Arbeiter Joseph Stöcker beim Einführen des Papiers mit der linken Hand in die Papiermaschine und erlitt erhebliche Quetschungen des Armes.

**Verschiedene Industrien**

**Entwicklungstendenzen in der Seifenindustrie.**

Schon wiederholt haben die Seifenfabrikanten auf ihren Tagungen auf Mittel und Wege gefunden, wie die Lage der Seifenindustrie sich besser gestalten läßt. Die Bemühungen scheiterten jedoch an den in der Seifenindustrie noch stark bestehenden Mittel- und Kleinbetrieben, deren Besitzer bei einigermaßen annehmbaren Preisen ihrer Produkte immer noch ein angenehmes Auskommen finden. Zweifelsohne kann heute schon gesagt werden, daß sich dieser Zustand nicht lange mehr halten kann. Die Großbetriebe, die in den letzten Jahren in Deutschland entstanden sind, haben ein gutes Teil der Seifenproduktion mit Beschlag belegt, so daß das Abjagelgebiet der Klein- und Mittelbetriebe langsam, aber sicher eingenommen wird. Mit der Heranbildung des Großbetriebes rückt aber auch die Möglichkeit der Kartellbildung in der Seifenfabrikation in größere Nähe, und damit ist die Vorbereitung zur Erhöhung der Preise sowie Kontingentierung der Produktion und des Abjages gegeben. In einem Artikel in der Nummer 23 des „Seifenfabrikanten“ macht ein Herr Dr. Welter verschiedene Vorschläge, die zur Verbesserung der Verhältnisse der Seifenindustrie führen sollen. Er ist der Meinung, daß die Bildung von Konventionen und Syndikaten erst möglich sein wird, wenn sich die Klein- und Mittelbetriebe zu Großbetrieben zusammengeschlossen haben. Er verwirft vor allem auch den Vorschlag, der darin besteht, daß der gemeinsame Einkauf der Rohmaterialien die Seifenfabrikanten näher bringen würde, dagegen würde als erster Schritt der Kaufvertrag eine Einigung über die Einkaufsbedingungen der Rohstoffe unter den hauptsächlichsten Firmen sein. Gelänge es durch diese Methode, das Vertrauen der Beteiligten zu gewinnen, so wäre der Weg

zur weiteren Organisation der Seifenfabrikanten geebnet. Wir glauben nun auch nicht daran, daß die Besitzer der Klein- und Mittelbetriebe freiwillig zur genossenschaftlichen Großproduktion entschließen werden. Diese Entwicklung wird sich vielmehr gegen den Willen der Keinen unternahmer und unter Vernichtung einer ganzen Anzahl selbständiger Existenzen durchsetzen.

Dieser Konzentrationsprozeß hat sich in der Seifenindustrie besonders in England in stärkster Weise durchgesetzt. In großzügiger Weise arbeitet dort die Konzern der Sunlight-Seifenfabriken bestenfalls, aber rasche Entwicklung kaum weniger ist. Wir entnehmen dem „Seifenfabrikanten“ folgendes:

„Das bekannte Stammhaus der Sunlight-Seifenfabriken, Lever Brothers Limited, wurde im Jahre 1894 gegründet und kaufte die Seifen- und Glycerinfabrikationsgeschäfte, welches in Port Sunlight von der Firma Lever Brothers geführt wurde. Bei der Gründung erstreckte sich die Anlagen der alten Firma in Port Sunlight über einen Flächenraum von 348 025 Quadratmeter. Seit jener Zeit sind ständig Ausdehnungen und Vergrößerungen vorgenommen worden, so daß die Werke und der Ort heute eine Ausdehnung von zusammen 1 780 592 Quadratmeter haben. Die Gebäude innerhalb der Fabrikationsanlage, welche eine Ausdehnung von 876 156 Quadratmeter hat, haben eine Grundfläche von 715 585 Quadratmeter und schließen die Seife- und Glycerinfabriken, Delmühle, Alkalifabrik, Druckerei und andere Werke, Wertstoffe, Docks und Wege ein, einschließlich des Hauptverwaltungsgeländes der Firma. Gleichzeitig ist sie an anderen Seifen- und Glycerinfabriken stark interessiert, und in einigen Fällen ist sie überhaupt praktische Besitzerin. Auch im Ausland haben Lever Brothers ein groß entwickeltes Geschäft aufgebaut, indem sie Fabriken für die Fabrikation von Seife und Glycerin in Frankreich, Belgien, Deutschland (bei Sunlight-Seifenfabriken in Rheinau-Munheim), der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, Australien, Kanada und Südafrika erbaut und eingerichtet haben, welche in Gestalt von Schwefelergesellschaften gegründet worden sind, in denen die alte Firma die Hauptaktionarin ist. Auch auf das Rohmaterialgeschäft erstreckten sich die Geschäfte von Lever Brothers. Sie oder ihr angegliederte Firmen besitzen Delmühlen in Westafrika, Australien, Südafrika und Japan, Kokosplantagen auf Inseln im Stillen Ozean und Konzessionen in Westafrika, unter welchen sich ein Abkommen mit der belgischen Kolonialregierung befindet, demzufolge diese Regierung der „Société Anonyme des Huileries du Congo Belge“ das Recht eingeräumt hat, in fünf Gegenden des belgischen Kongos, wo sich Palmwälder befinden, die Früchte zu sammeln und Del zu pressen. Lever Brothers sind ferner in über vierzig Firmen die größten oder Hauptaktionäre, wozu noch Zweiggeschäfte und Agenturen kommen. An Dividenden wurden in den letzten fünf Jahren (seit 1907) 8, 10, 12, 15 und 15 Prozent ausbezahlt. Der Umsatzen im ersten Halbjahr 1912 war größer als im gesamten Jahr 1911, so daß für dieses Jahr eine noch höhere Dividende erwartet werden kann.“

Der Sunlight-Seifenbetrieb — wohl der größte Konzern der Welt, soweit die Seifenindustrie in Betracht kommt — beweist, daß es möglich ist, auch in einer angeblich nicht sehr rentablen Industrie noch hohe Gewinnersultate zu erzielen. Würden die von der Sunlight-Gesellschaft hergestellten Seifen in einer Anzahl Kleinbetriebe angefertigt, so wäre erfahrungsgemäß eine derartige Rentabilität ausgeschlossen, und zweitens müßten die in derartigen Kleinbetrieben beschäftigten Personen mit längerer Arbeitszeit und niedrigeren Löhnen vorlieb nehmen. Damit erreicht sich auch für die Seifenindustrie der Tiefenbetrieb als zweckmäßigste Betriebsform für die Zukunft.

**Die eine Ueberstunde der Wäschereibesitzer.**

In Nummer 24 des „Proletariats“ befindet sich ein Bericht, betitelt „Eine Milliarde für Befreiung des Arbeiterfußes“.

In diesem Artikel wird ein „Offener Brief“, welcher in dem Unternehmerrgane der Wäschereibesitzer an Regierung und Volksvertretung gerichtet ist, behandelt. In demselben ist von einem gewissen Peter die Rede, der eine durch nichts gerechtfertigte Forderung über den Ausbau der sozialen Gesetzgebung anstimmt und unter andern mittels-erwennend wehklagt, daß es den armen Wäschereibesitzern noch nicht einmal möglich sei, eine Ueberstunde arbeiten zu lassen. Es gehört wirklich zu derartigen Dosis Unverstandlichkeit, daß man sich in der Wäschereibesitzer dieses Jahres ca. 14 Tage in der Silberjubiläum Wäscherei und Wäscherei von G. Rippe, Werben a. d. Aller, beschäftigt und hat die Ueberzeugung gewonnen, daß es wohl so leicht keine Betriebe gibt, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen so ausgebeutet werden, wie ausgerechnet in den Wäschereibetrieben. Es waren beispielsweise in diesem Betriebe vier Mädchen als Plätterinnen im Monatslohn engagiert. Dieselben erhielten pro Monat 30 M. Gehalt und freie Station, wofür dieselben eine durchschnittliche Arbeitszeit von 18 Stunden angestrengt, unter stetiger Aufsicht des Arbeitgeber und dessen Ehefrau, Ironen. Als ich die Arbeiterinnen auf das menschenunwürdige ihrer Behandlung teilens des Unternehmers aufmerksam machte, meinten sie, das seien sie schon gewohnt; es sei aber auch schon vorgekommen, daß sie von morgens 6 Uhr bis nachts um 1/2 Uhr, mit Ausnahme der Pausen für die Einnahme der Mahlzeiten, ununterbrochen hätten arbeiten müssen. Sonntags wurde nach Aussage der Arbeiterinnen auch ohne Ausnahme durchschnittlich 10 Stunden gearbeitet. Da die Arbeiterinnen auch schon in andern Wäschereibetrieben gearbeitet hatten, muß ich annehmen, daß, da sie von Gesundheit sprächen, das Ausbeutungssystem wohl durchweg in den Wäschereibetrieben in höchster Blüte steht. Nach alledem, was nun oben genannter Peter in dem „Offenen Brief“ für sich und seine Genossinnen genossen an Abschaffung der sozialen Gesetzgebung fordert, kann man nur annehmen, daß man es mit einem überspannten Kopfe zu tun hat, deren es wohl in der Gesellschaftsphäre des Herrn Peter nicht zu wenige zu geben scheint. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, nicht allein in der Wäschereibranche, sondern auch in andern Betrieben, müßten sich diese Zeiten dazu beitragen, daß sie sich frei der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, denn nur die Macht der Organisation kann die Arbeiter und Arbeiterinnen vor Ausbeutung schützen.

**Notizen vom Wirtschaftsmarkt.**

Die Aktiengesellschaft Holzvervollständigungsindustrie in Konstanz steigerte ihren Reingewinn von 2 432 792 M. auf 2 768 248 M. Die Dividende stieg von 14 auf 15 Prozent. — Die G. m. b. H. für Teerverarbeitung in Duisburg-Weidenrich erzielte nach 671 009 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 297 076 (292 549) M. — Die Delfabrik Großgerau-Bremen, die Mutter der Kunerol-Margarinewerke, wirtschaftete 1911/12 aus ihrem Betriebe fast genau dasselbe heraus wie im Vorjahre, ganz genau genommen etwas weniger. Trotzdem ist es ihr gelungen, den Reingewinn von 611 000 M. auf 644 000 M. zu erhöhen. Die Delfabrik hat im Vorjahre ihr Aktienkapital um 1 Million Mark vergrößert und auf 6 Millionen Mark gebracht. Sie möchte ihren jungen Aktien nun gar zu gern dieselbe Freude machen, die sie für die alten Aktien im Vorjahre übrig hatte, nämlich 11 Prozent Dividende. Durch kräftige Verringerung der Abschreibungen steigerte man den Gewinn; so sind wenigstens noch 10 Prozent Dividende herausgesprungen. Die Delfabrik Großgerau-Bremen hat mit ihrer Kunerolwerke-Gesellschaft m. b. H., wie es scheint, noch kein richtiges Glück; die trauernden Aktionäre werden aber getrostet. Als Ursache des kleinen Dividendenrückganges und der stehengebliebenen Gesamtproduktion werden die Arbeiter bezeichnet. Ein Teilstreit im Bremer Betriebe habe die Zahlen des Jahresgewinnes ungünstig beeinflusst. Das ist ja außerordentlich interessant. Warum kommt nicht irgendein pfiffiges Aufsichtsratsmitglied auf den Gedanken, einmal auszurechnen, was die Forderungen der Arbeiter der Delfabrik gelöst haben würden, und was sie durch den Teilstreit, wie sie selbst angibt, verloren hat. Wir sind sehr gern bereit, die Antwort möglichst weit zu verbreiten. — Ein besseres Geschäftsergebnis erzielte die deutsche Vacuum Oil Company in Hamburg. Während im vorigen Jahre ein Verlust von 145 240 M. konstatiert werden konnte, stieg in diesem Jahre der Reingewinn auf 19 891 M. — Wie der Geschäftsbericht schreibt, ist das günstige Gewinnergebnis neben dem erfolgreichen Zusammenarbeiten der beiden Raffinerien in Schulan und Bremen, die ausschließlich mit dem deutschen Rohöl aus der Bineburger Seide versorgt werden, auf die günstige Konjunktur des Mineralölmarktes zurückzuführen. Die Gesellschaft hofft, von dem Ergebnis des Jahres 1913 nicht nur den noch verbleibenden Verlustsaldo von 150 615 M. decken, sondern darüber hinaus noch eine Dividende verteilen zu können. — Der Geschäftsbericht von Riebeck & Söhne in Montanwerke verzeichnet einen Reingewinn von 3 977 113 (2 801 047) M. Die zwölfpromtente Dividende erfordert 3 420 000 M. Die Abschreibungen betragen 2 600 138 M.